

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft

I/1994

Dialog
Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Das Podium: Eugen Wollfarth, Dr. Hans-Gert Pöttering, Prof. Dr. Marko Oršolić, Heiko Schlottko (Moderation), Dr. Judith Kumin, Dr. Thomas Lob-Corzilius (v.l.)
Photo: D. Heese

Friedensgespräch

20. September 1993

»Krieg im ehemaligen Jugoslawien – Herausforderung für Europa«

– Podiumsdiskussion –

Judith Kumin PhD

Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), Bonn

Dr. Thomas Lob-Corzilius

Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW), Osnabrück

Prof. Dr. Marko Oršolić

Internationales Zentrum zur Förderung des interreligiösen Dialogs,
der Gerechtigkeit und des Friedens, *Zajedno*, Sarajevo/München

Eugen Wollfarth

Auswärtiges Amt, Bonn

Dr. Hans-Gert Pöttering

Europäisches Parlament, Straßburg

Moderation:

Heiko Schlottke

Neue Osnabrücker Zeitung

Statements

Judith Kumin

Mein Beitrag widmet sich dem Schicksal der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Ihre Flucht ist nicht nur eine Herausforderung für Europa, sondern für die internationale Staatengemeinschaft insgesamt. Vier Jahre lang war ich für den UNHCR im ehemaligen Jugoslawien tätig. Ich habe die Dimension dieser humanitären Tragödie ebenso unmittelbar erlebt wie die Frustration jener, die das Leid der Kriegsoffer zu lindern suchen. Diese Erfahrungen machen es mir schwer, nüchtern und distanziert zu berichten.

Besuchern in Belgrad habe ich gewöhnlich ein fünf- bis zehnminütiges Video gezeigt, aufgenommen in der belagerten ostbosnischen Stadt Srebrenica. 52.000 Menschen leben dort, in einer Stadt, die ursprünglich 8.000 Einwohner zählte. Vielleicht ist es falsch zu sagen, »sie leben dort«; richtig muß es wohl heißen: sie überleben von Tag zu Tag. Am Ende des Films ist eine junge Mutter zu sehen, die in einem überfüllten Schulgebäude mit Hunderten von Flüchtlingen ihre beiden Kinder am Leben zu halten versucht. Die junge Frau fragt in die Kamera hinein:

»Warum kommt ihr hierher, um uns zu filmen und zu füttern wie Tiere im Zoo? Wenn ihr nichts für uns tun könnt, wenn ihr uns nicht das Leben zurückgeben könnt, warum laßt ihr uns nicht einfach sterben?«

Es ist diese Frage, die uns fast zwei Jahre lang bei unserer Arbeit umtrieb. Und diese Frage wird unvermeidlich in jeder Diskussion über die humanitären Anstrengungen im ehemaligen Jugoslawien auftauchen.

Die Dimension des Problems wird anhand einiger Zahlen deutlich: über 520.000 Flüchtlinge und Vertriebene in Kroatien, 460.000 Flüchtlinge in Serbien und Montenegro; über 2,2 Millionen Menschen sind von internationaler Hilfe in Bosnien-Herzegowina abhängig, 65.000 Flüchtlinge in Mazedonien und Slowenien; und über 700.000 Flüchtlinge suchten Schutz in anderen Staaten Europas, vor allem in Deutschland. Mit anderen Worten: über vier Millionen der ehemals 22 Millionen Einwohner Ex-Jugoslawiens sind heute Flüchtlinge oder müssen in belagerten Städten ausharren.

Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die von den Kriegen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina ausgelöste Flüchtlingstragödie leider keine traurige Ausnahme ist. Auch in anderen Teilen der Welt mußten Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen. Über fünf Millionen flohen vor dem Krieg in Afghanistan, 1,5 Millionen Menschen verließen das Bürgerkriegsland Mosambik, über 1 Million Somalier suchten Zuflucht in den Nachbarländern. Neu ist allerdings, daß sich eine Flüchtlingstragödie dieses Ausmaßes nicht in der Dritten Welt, sondern im Herzen Europas abspielt. Zudem ist die Flucht und Vertreibung Hunderttausender von Menschen nicht eine *Folge* dieses Krieges, sondern dessen erklärtes *Ziel*. Das Unwort von der »ethnischen Säuberung« wird uns allen in unseliger Erinnerung bleiben.

In diesem Krieg wurde besonders deutlich, welch' geringen Spielraum es für humanitäres Handeln gibt. In diesem Krieg haben alle Seiten humanitäre Organisationen für ihre politischen Zwecke benutzt. Sie tun dies immer noch. Wir, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom UNHCR, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) oder all der anderen privaten Hilfsorganisationen fragen uns ständig, ob durch unsere Präsenz das Leiden der Opfer gelindert oder aber der Krieg verlängert wird. Jeden Tag haben wir

erkennen müssen: Humanitäre Hilfe kann kein Ersatz für politisches Handeln sein. Aber welchen Sinn macht die humanitäre Arbeit, wenn politisches Handeln fehlt oder ineffektiv bleibt? Für UNHCR war es eine gänzlich neue Erfahrung, mitten in einem akuten Konfliktgebiet in enger Zusammenarbeit mit UN-Friedenstruppen zu arbeiten und angehalten zu sein, den allgemeinen Anweisungen des UN-Sicherheitsrats zu folgen. Zwar war es nichts Neues für UNHCR, die Verantwortung für den humanitären Teil einer umfassenderen politischen Regelung zu übernehmen. Neu für uns ist es allerdings, unsere Arbeit in der schwierigen Verbindung mit einer Militäroperation zu leisten, ohne daß indes eine politische Regelung in Sicht ist.

Wie kam es dazu, daß UNHCR mit einer Situation konfrontiert und mit Aufgaben betraut wurde, die für die Organisation gewissermaßen Neuland bedeuteten? Das UNHCR-Programm im ehemaligen Jugoslawien umfaßt heute 25 Prozent unseres weltweiten Budgets für Hilfsprogramme. In diesem Jahr sind für die Finanzierung derartiger Programme im ehemaligen Jugoslawien rund 420 Millionen US-Dollar veranschlagt worden. Wie erklärt es sich, daß für unsere Operationen im ehemaligen Jugoslawien (vor allem in Bosnien-Herzegowina) mehr internationale Unterstützung bereitgestellt worden ist, als für jede andere Operation in der UNHCR-Geschichte?

Ich meine, auf diese Frage gibt es mehrere Antworten. Übrigens wird diese Frage auch immer wieder von unseren Kollegen gestellt, die anderswo auf der Welt arbeiten wie z.B. in Kenia, wo UNHCR Hunderttausenden von somalischen Flüchtlingen helfen soll; oder in Guinea, wo unsere Mitarbeiter mit dem Schicksal einer ebenso großen Zahl liberianischer Flüchtlinge konfrontiert sind – ganz zu schweigen von den vielen vergessenen Flüchtlingstragödien, die keine Schlagzeilen produzieren.

- a) Die erste Antwort ist hiermit bereits indirekt gegeben. Es handelt sich um ein europäisches Problem. Wir sehen die leidenden Menschen jeden Tag im Fernsehen, sie sehen aus wie wir, wir können uns mit ihnen identifizieren, ihr Schicksal berührt und ängstigt uns mehr als solche Probleme, die ganz weit weg sind.
- b) Eine zweite Antwort lautet – und hier kann ich nur meine persönliche Meinung wiedergeben: Humanitäres Handeln ist von der internationalen Staatengemeinschaft benutzt worden, um das Vakuum im politischen Handeln auszugleichen.
- c) Eine dritte Antwort: Westeuropa hoffte, durch seine Unterstützung von Flüchtlingen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens eine Massenflucht Richtung Westen zu vermeiden.

Schließlich möchte ich noch eine weitere Frage stellen: Sind wir auf das vorbereitet, was noch auf uns zukommt? Sollte es keine politische Einigung geben: Sind wir darauf vorbereitet, der bosnischen Bevölkerung zu helfen, noch einen Winter zu überleben? Und sollte es eine politische Übereinkunft geben: Welche Aussichten haben die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina?

Ich fürchte, in ein Land, das sich ethnisch definiert und teilt, werden viele Flüchtlinge nicht heimkehren können. Zudem ist der serbisch-kroatische Konflikt weit von einer Lösung entfernt. Hunderttausende von Flüchtlingen aus den serbisch kontrollierten Gebieten blicken ebenfalls in eine ungewisse Zukunft. Schließlich: Selbst wenn der Krieg morgen vorbei wäre, so bliebe die gewaltige Aufgabe des Wiederaufbaus und der Wiedereingliederung. Zerstörte Brücken, Häuser und Schulen können wiederaufgebaut werden. Doch für die psychischen Schäden und Nachwirkungen gibt es wohl keine rasche Heilung. Die Saat des nächsten Krieges ist bereits in den Kindern dieses Krieges ausgesät. Die Herausforderung für Europa und für die gesamte internationale Staatengemeinschaft besteht deshalb auch darin, mit den Folgen dieses Krieges fertig zu werden.

Thomas Lob-Corzilius

Ich möchte meinen Beitrag zur Podiumsdiskussion bewußt beschränken auf die Herausforderungen für Deutschland, die sich im Gefolge des Krieges im ehemaligen Jugoslawien ergeben, und insbesondere den Schwerpunkt legen auf die Flüchtlingsprobleme sowie auf die politischen und humanitären Konsequenzen.

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und vor allem der Krieg in Bosnien-Herzegowina hat nicht nur seine Ursachen in den vielfältigen politischen und ethnischen Konflikten dort. Die Eskalation und die Dynamik der Kriegsverbrechen wie der daraus resultierenden riesigen Flüchtlingsströme von mehreren Millionen Menschen ist vielmehr auch Ausdruck des Versagens insbesondere der internationalen Politik, und zwar sowohl der UNO als auch der Europäischen Gemeinschaft. Eine Teilschuld trifft auch die deutsche Außenpolitik durch das Vorpreschen des früheren Außenministers Hans-Dietrich Genscher mit der isolierten Anerkennung Kroatiens und Sloweniens als eigenständige Staaten (Juni 1992). Durch den daraus resultierenden Druck auf die europäischen Partner wurde einseitig vor allem die Entwicklung in Kroatien anerkannt und somit auch die Tatsache akzeptiert, daß der kroatische Nationalstaat den in seinen Grenzen lebenden Serben die Minderheitenrechte verweigert hatte. Aus meiner Sicht ist unter anderem dadurch die erste Phase des innerjugoslawischen Krieges zwischen Serbien und Kroatien negativ intensiviert worden. Später erfolgte dann die Anerkennung Bosnien-Herzegowinas durch die EG und die UNO, ohne daß diesem neuen staatlichen Gebilde internationaler Schutz seiner gefährdeten Grenzen durch autorisierte Polizei- oder Militärkräfte zuerkannt wurde. Dies hat dann die zweite Phase des Krieges – und damit die Zerstörung Bosnien-Herzegowinas – in diesem Ausmaß erst ermöglicht.

Angesichts des Versagens aller bisherigen diplomatischen Bemühungen wie auch der Sanktionspolitik gegenüber Serbien besteht die große Herausforderung für Deutschland darin, effiziente humanitäre Hilfe und Unterstützung für die Flüchtlinge zu leisten. Deutschland ist umso mehr gefordert, als der militärische Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der UNO verfassungsrechtlich (noch) nicht möglich ist, darüber hinaus auch die historische Hypothek der nationalsozialistischen Eroberungspolitik auf dem Balkan bis zum heutigen Tag nachwirkt.

Die IPPNW sieht darin allerdings auch eine große Chance. Das vereinte Deutschland kann sein internationales Engagement dadurch deutlich machen, indem es wirksame humanitäre Hilfe gleichrangig bewertet wie die Einbeziehung in militärische Optionen im Rahmen der UN. Zu befürchten ist allerdings, daß genau dies nicht die gewollte Strategie führender Politiker der Regierungskoalition aus CDU und FDP ist.

Es liegt deshalb an den (noch vorhandenen) Gruppen der Friedensbewegung in Deutschland, eine Strategie für ein umfassendes humanitäres Engagement in Ex-Jugoslawien zu formulieren. Diese Strategie muß unablässig in Verhandlungen mit der hiesigen Regierung eingebracht, aber auch so gut wie möglich im alltäglichen Einsatz vor Ort umgesetzt werden.

Wesentliche Eckpunkte einer solchen Strategie sind:

1. Eine stärkere finanzielle Unterstützung der UN-Flüchtlingshilfsorganisation (UNHCR) durch Deutschland.
2. Politischer und diplomatischer Druck auf alle Kriegsparteien in Ex-Jugoslawien (besonders auf Kroatien), sämtliche Flüchtlingslager der UNHCR zu unterstellen.

3. Umfassender diplomatischer »Flankenschutz« zur Unterstützung der Arbeit aller nichtstaatlichen Hilfsorganisationen (NGO = Non-Government-Organisation), besonders hinsichtlich der durch sie durchgeführten Hilfstransporte, der Arbeit in Flüchtlingslagern und ihres Einsatzes für Kriegsgefangene.
4. Finanzielle Unterstützung aller Initiativen, die zu einer Befriedung und Versöhnung in Ex-Jugoslawien aufrufen und einen Beitrag dazu leisten (z.B. der IPPNW-Balkan-Konferenz, zu der Ärzte aus allen früheren jugoslawischen Teilrepubliken eingeladen waren). Zu denken ist auch an eine Unterstützung der wenigen friedentiftenden Initiativen im Bereich der Kirchen (zwischen serbisch-orthodoxer und römisch-katholischer Kirche wie auch zwischen den moslemischen Religionsorganisationen).
5. Finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Fonds (z.B. für Regionalhilfe) wie auch Spenden für Selbsthilfeorganisationen im Kriegsgebiet von Bosnien-Herzegowina und Teilen Kroatiens, die es sich zum Ziel gesetzt haben, eine basale Ökonomie der Selbstversorgung aufzubauen.

Vor dem Hintergrund dieser strategischen Anforderungen lautet meine Zentralthese, daß das offizielle Deutschland, vertreten durch die Regierung und insbesondere durch das Außen- und das Innenministerium, sich weder politisch noch humanitär ausreichend engagiert hat, um die Flüchtlingsprobleme in Ex-Jugoslawien zu bewältigen und effiziente Hilfe vor Ort leisten zu können. Neben der Bundesregierung und den durch sie getragenen politischen Parteien trifft der mangelnde Wille zu angemessener Hilfe auch auf Bundesländer wie Bayern, Sachsen und Thüringen zu, die nämlich frühzeitig für die Abschottung der Grenzen (etwa durch den Visumzwang für Bosnier) eingetreten sind. Andere Bundesländer – z.B. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – haben sich in dieser Hinsicht sehr viel kooperativer gezeigt und die Arbeit engagierter Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Flüchtlingshilfe nachhaltig unterstützt.

Auch die Stadt Osnabrück hat im Rahmen ihrer kommunalen Möglichkeiten versucht, Flüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina angemessen zu helfen. Nach langen Querelen konnte jetzt mit der Realisierung eines Projekts zur Unterstützung und Betreuung vergewaltigter Frauen aus Bosnien-Herzegowina begonnen werden (Einrichtung eines Frauenhauses). Die Integration von Flüchtlingen, die in erster Linie über die Aufnahme in der ehemaligen Caprivi-Kaserne nach Osnabrück gelangt sind, verdient zumindest das Prädikat »wohlwollend«. So hat die Stadt Osnabrück im Rahmen der *Osnabrücker Friedensgespräche* und des Friedensforums eine Spendenaktion für die nordostbosnische Region um Gračanica unterstützt, in der Ärzte der IPPNW für medizinische Versorgung der dort notleidenden Menschen warben. Für uns als Initiatoren verblüffend, trafen wir bei dieser Aktion auf eine sehr große Hilfsbereitschaft, die sich in Geld- und Sachspenden ausdrückte. Mittlerweile konnten zwei Transporte im Warenwert von ca. 60.000 DM auf den Weg in das umkämpfte Kriegsgebiet gebracht werden.

In deutlichem Kontrast zu den geschilderten positiven Bemühungen steht die restriktive, ja teilweise feindliche Politik insbesondere des Bundesinnenministeriums, indem Flüchtlingen aus Bosnien nicht hinreichend geholfen und ihnen die unbürokratische Einreise nach Deutschland unmöglich gemacht wird. Ich möchte diese Behauptung an einem exemplarischen Fall belegen:

Ende August erreichte die Osnabrücker IPPNW-Gruppe ein dringendes Telefax des mit uns befreundeten Kinderarztes Dr. Iskenius aus Caplina in der Nähe von Mostar, das zu diesem Zeitpunkt von den bosnischen Kroaten besetzt war und wo eine ethnische Vertreibung muslimischer Einwohner und der sich in dieser Stadt aufhaltenden Flüchtlinge erfolgte. Iskenius berichtete von Verschleppungen, die ihn an die Praktiken der Nazis im

Rahmen der Judenpogrome erinnerten. Daraufhin starteten die IPPNW-Gruppen aus Osnabrück und Villingen in Kooperation mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie eine politische Aktion zur Aufnahme von 80 bosnischen Flüchtlingen (als Kontingentflüchtlinge) in Deutschland. Diese Flüchtlinge waren in Caplina besonders gefährdet, da sie dort bereits in einem abgesonderten Haus lebten, das auch nicht durch die UN-Flüchtlingshilfsorganisation betreut wurde. Trotz der Zusagen des niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten, diese Flüchtlingsgruppe als Kontingentflüchtlinge in Niedersachsen aufzunehmen, verweigerte das Bundesinnenministerium die entsprechende Genehmigung mit der Begründung, die Gefährdung der Flüchtlinge müsse durch das Außenministerium und die UN-Flüchtlingshilfsorganisation erst nachgewiesen werden. Da Deutschland wie nahezu alle anderen europäischen Länder die Visumpflicht für bosnische Flüchtlinge erlassen hat, ist eine andere legale Form der Einreise nur unter außerordentlich erschwerten Bedingungen möglich. Hilfwillige Bürger und Familien können sog. Garantieerklärungen für die Aufnahme bosnischer Flüchtlinge abgeben, in denen sie sich bereiterklären, für den kompletten Unterhalt und die Aufnahme in eigenen Räumlichkeiten zu sorgen. Manche Bundesländer – wie z.B. Niedersachsen – übernehmen zumindest die notwendige medizinische Versorgung. Eine Einlösung solcher Garantieerklärungen ist aber wiederum an die entsprechende Abteilung der deutschen Botschaft in Zagreb gebunden, wohin die Flüchtlinge aus dem umkämpften Kriegsgebiet jedoch nicht gelangen können.

Dieses Beispiel soll verdeutlichen, inwiefern durch administrative und bürokratische Hemmnisse, die insbesondere die deutsche Regierung zu verantworten hat, konkrete Hilfe nahezu unmöglich gemacht wird. Deshalb ist der Vorwurf mehr als berechtigt, daß Deutschland bislang die humanitären Herausforderungen zur Unterstützung von Flüchtlingen in Ex-Jugoslawien, aber auch zu deren Aufnahme hier nicht angemessen wahrgenommen hat bzw. sich ihnen nicht stellt. Es bleibt zu konstatieren, daß viele andere europäische Länder, so z.B. Ungarn, Österreich, Schweden und die Schweiz, bezogen auf die Zahl ihrer Einwohner mehr Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien aufgenommen haben, als die vergleichsweise reiche Bundesrepublik. An engagierten Friedens- und Menschenrechtsgruppen wie amnesty international (ai), dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, der IPPNW und der Friedensaktion »Den Krieg überleben« wird es auch künftig liegen, dieses miserable Bild deutscher Politik etwas zum Positiven hin zu verändern.

Marko Oršolić

Ich bin ganz sicher, daß der Krieg in Ex-Jugoslawien weniger eine Herausforderung als eine Aufgabe für Europa darstellt. Um diesen Krieg als Aufgabe zu erkennen und zu verstehen, ist es wichtig, seine Ursachen als Herausforderung zu sehen und die daraus folgenden Aufgaben und Pflichten auf sich zu nehmen.

Die größte Herausforderung ist die, eine Volksdemokratie mit sozialistischer Prägung auf dem Weg zu einem »Menschenrechtsstaat« theoretisch und praktisch zu begleiten. Es genügen nicht nur die folgenden schönen Worte des KSZE-Gipfels vom November 1990:

»Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. Nur durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen in der Schlußakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an. Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen werden: die Hoffnung auf das unerschütterliche Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundrechten basierenden Demokratie, Wohlstand und wirtschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit für alle unsere Länder.«¹

Um sich diesem Ziel zu nähern oder es gar zu verwirklichen, ist es notwendig, eine totale Entmilitarisierung im ganzen Ex-Jugoslawien wie auch eine strenge Trennung von Kirche und Staat, Religionen und Nationen, gelehrtem Glauben und Tagespolitik sowie Theologie und Ideologie (besonders nationale Ideologie) durchzuführen. Wenn das nicht schnell geschieht, dann wird es zu einer Ausrottung unserer Völker kommen.

»Mit fortschreitender Dauer droht der Krieg im früheren Jugoslawien nicht nur die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen und die religiös-kulturellen Bedingungen friedlichen Zusammenlebens zu vernichten, es trifft zugleich auch den Lebensnerv einer gesamten europäischen Sicherheits- und Friedenspolitik.«²

Deswegen glaube ich, daß es nicht ausreichend war, von Jugoslawien in den späten 1980er Jahren nur die Garantie der Menschenrechte und politischen Pluralismus zu verlangen, sondern es wäre gleichzeitig auch notwendig gewesen, diesem Land bei der Umwandlung von einem Einparteienstaat sozialistischer Prägung zu einem demokratischen Rechtsstaat zu helfen. Es wurde zwar nach Marktwirtschaft gerufen, aber gleichzeitig versäumt, über militärische Aufgaben zu sprechen und europaweite Konzepte zur Umstrukturierung der Rüstung zu entwickeln (z.B. zahlenmäßiger Abbau und Umschulung führender Militärs). Ich denke an einen Vertrag wie den anlässlich der Vereinigung der beiden deutschen Staaten; an einen Vertrag, der unter Berücksichtigung von Empfehlungen auf Europa- oder sogar UNO-Ebene Funktion und Bestand der bisherigen Staatsbeamten, Richter, Polizisten und Erzieher regelt.

Mit anderen Worten: Das bestehende System bedarf der Entwicklung zum demokratischen Rechtsstaat. Es hat sich gezeigt, daß ein Umsturz sehr leicht in eine neue Diktatur nicht nur der Klassen, sondern auch der Nationen führen kann, wie es z.B. in Serbien und teilweise in Kroatien geschehen ist.

Mit einem angemessenen Konzept für die Entwicklung von der sozialistischen Volksdemokratie zum demokratischen Rechtsstaat hätten wir in ganz Osteuropa Frieden bewahren können. Timothy Garton Ash schrieb, daß Polen für diese Entwicklung zehn Jahre gebraucht hat, Ungarn zehn Monate, die DDR zehn Wochen und die Tschechoslo-

1 Zit.n. Heinz-Günther Stobbe. »Der Preis des Friedens«. *Krieg auf dem Balkan*. Idstein/Ts.: Komzi, 1992, 60.

2 Ebd., 61.

wakei zehn Tage.³ Ich kann nur sagen: Wir in Jugoslawien hätten nur zehn Stunden gebraucht, weil wir schon weitgehend demokratisiert waren. Wir waren uns aber damals nicht bewußt, daß die sog. jugoslawische Volksarmee in Wirklichkeit ein Instrument der kommunistischen Partei und somit des kommunistischen Regimes geworden war, und dieses Regime hat sich nach dem Zerfall Jugoslawiens immer weiter radikalisiert, bolschewisiert und sich mit dem großserbischen Traum verbunden. Jetzt tobt dort der Krieg; er hat schon mehreren hunderttausend Menschen das Leben gekostet. Umso dringlicher ist es, jetzt einen Ausweg aus dieser schwierigen Situation zu finden.

Ich glaube, der einzige Weg ist der, daß UNO, Europäische Union und die Weltgemeinschaft Bosnien-Herzegowina unter ein UNO-Protectorat stellen, daß eine vollständige Entwaffnung realisiert wird, daß sich alle Kriegsverbrecher vor einem internationalen Gerichtshof verantworten müssen und daß daraufhin in Bosnien-Herzegowina Neuwahlen unter internationaler Aufsicht durchgeführt werden⁴. Da in erster Linie die großserbische expansionistische, militaristische Politik des Belgrader Regimes für den Krieg in Bosnien-Herzegowina und im ganzen Ex-Jugoslawien verantwortlich ist, sollen die Republik Serbien und insbesondere die Republik Montenegro unter eine totale internationale Blockade gestellt und anschließend entwaffnet sowie zur Auslieferung der Kriegsverbrecher gezwungen werden.

Bosnien-Herzegowina kann nicht nach ethnischen Prinzipien geteilt werden und gleichzeitig ein souveräner Staat bleiben. Deshalb sind großserbische und großkroatische Bestrebungen und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten des Landes zu verurteilen, die zu einer Spaltung der Bevölkerung und zu deren Ausrottung führen. Ebenso sind politische Bestrebungen zu verurteilen, welche die Republik Bosnien-Herzegowina ausschließlich mit muslimischen Interessen identifizieren. Dieses Land war ein einheitliches und selbständiges Gebilde schon zu einer Zeit, als es dort noch keine Moslems gab. Es war in seiner 800jährigen Geschichte nie nach ethnischen, nationalen oder religiösen Kriterien geteilt.

Ich glaube, daß es keinen Frieden unter den Nationen des Balkans geben kann ohne den Dialog zwischen den Religionen. Die Religionen korrespondieren oft mit der nationalen Identität; deswegen fordern wir von der Weltöffentlichkeit und den Verantwortlichen aller Religionsgemeinschaften, einen interreligiösen Dialog auf allen Ebenen zu unterstützen, und zwar von der hierarchischen Spitze bis zur Basis der Gläubigen.

Der Krieg in Ex-Jugoslawien ist primär eine Aufgabe für ganz Europa. Die Analyse seiner Ursachen und die Entwicklung von Projekten für eine friedliche Zukunft sind größte Herausforderungen für Europa, aber auch für die ganze Weltgemeinschaft. Um ein Bild zu gebrauchen: Wenn ich in Sarajevo von meinem Fenster aus nach Osten schaue, habe ich die Welt der Orthodoxie vor mir (ca. 350 Millionen Menschen); wenn ich nach Westen schaue, erblicke ich die Welt des Katholizismus mit fast einer Milliarde Menschen; wenn ich nach vorne schaue, sehe ich die Welt des Islam mit mehr als einer Milliarde Menschen; hinzu kommen die Juden.

Somit ist Dialogbereitschaft der einzige Ausweg aus unserer Situation. Nur der Dialog schafft geistige Bereicherung, ohne ihn gibt es nur Kampf, Tod und gegenseitige Vernichtung. Zu dieser Dialogbereitschaft sind wir alleine nicht fähig, weshalb wir die Hilfe Europas, ein UNO-Protectorat und nachhaltige Unterstützung im allgemein geistigen und im rein religiösen Bereich brauchen.

3 Timothy Garton Ash. *Ein Jahrhundert wird abgewählt*. München: Hanser, 1990, 11.

4 Das Internationale Zentrum zur Förderung des interreligiösen Dialogs, der Gerechtigkeit und des Friedens *Zajedno*, Sarajevo, hat am 3. Februar 1992 europäischen Friedensbewegungen und dem damaligen UNO-Beauftragten für Bosnien und Herzegowina Cyrus Vance ein diesbezügliches Memorandum überreicht.

Eugen Wollfarth

Die vielschichtigen Konflikte und Spannungen im ehemaligen Jugoslawien erfüllen die deutsche Politik wie die der europäischen Partner mit tiefer Sorge. Der Ausbruch des Krieges hat Europa und besonders die sehr dynamisch gewordene europäische Einigung mit einem *so* in Europa nicht erwarteten Gewaltpotential konfrontiert. Die Stabilität des gesamten Kontinents und die Einigkeit und Handlungsfähigkeit der Zwölf in der Europäischen Gemeinschaft werden auf die Probe gestellt.

Deutschland hat sich gemeinsam mit seinen Partnern – nicht nur innerhalb der EG – für den Erhalt und die Wiederherstellung des Friedens auf dem Balkan eingesetzt. Eine große Zahl von Initiativen hat, ausgehend von Vermittlungsbemühungen in den Hauptkampfgebieten Kroatien und Bosnien-Herzegowina, schließlich zu der gemeinsamen Konferenz von 29 Staaten der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen in London im August 1992 geführt. Die dabei aufgestellten Prinzipien sollen im Interesse der Staaten und Völker auf dem Verhandlungswege durchgesetzt werden.

Auf der Basis dieses Londoner Mandates arbeitet die Genfer Konferenz. Die Bemühungen der Vermittler Lord Owen und Thorvald Stoltenberg, denen Cyrus Vance nachgefolgt ist, haben bisher nur Teilerfolge erzielen können. Das Kompromißpaket, das derzeit aktuell bleibt, stellt keine Seite voll zufrieden. Wir selbst sind skeptisch, sehen aber nur eine Verhandlungslösung als mögliche Ausgangsbasis für eine Stabilisierung und eine darauf bauende Zukunftsperspektive für die leidenden Menschen.

Begleitend zu der vereinten Anstrengung der Internationalen Gemeinschaft im Genfer Verhandlungsprozeß muß versucht werden, besondere Einflußmöglichkeiten zu nutzen. Franzosen und Russen stehen im Ruf, von den Serben respektiert zu werden; wir hingegen können damit rechnen, einen gewissen Einfluß auf Moslems und Kroaten auszuüben. Begleitende Initiativen bieten sich an. Sie sollen die Arbeit der Vermittler in Genf zur Erreichung eines Friedens im ehemaligen Jugoslawien ergänzen und nicht etwa in Konkurrenz dazu treten. Die deutsche und die französische Regierung haben deshalb beschlossen, ihre Kräfte zu bündeln und gemeinsam auf die Kriegsparteien durch eine Reihe von Initiativen im eben genannten Rahmen einzuwirken. Dabei ist wichtig, sich vor Augen zu halten, daß es bei der Genfer Konferenz und begleitenden Bemühungen nicht nur um eine rasche Friedensregelung am Verhandlungstisch, sondern auch – und dies ist letztlich entscheidend – um deren anschließende Umsetzung geht. Die Implementierung wird uns Deutschen ein hohes Maß auch innenpolitischer Flexibilität abverlangen. Sie wird finanzielle Anforderungen an uns stellen und wohl auch den Sprung über historische Schatten notwendig machen. Dies erfordert Kraft und Mut, die wir aber aufbringen müssen. Zu der Herausforderung für Europa kommen noch besondere Herausforderungen für Deutschland. Die bisher gerade von Deutschland unternommenen Anstrengungen auf humanitärem Gebiet im ehemaligen Jugoslawien selbst sind ein wichtiger Teil unserer Antwort. Zusätzlich haben wir eine sehr große Zahl von Flüchtlingen in Deutschland aufgenommen, bislang über 360.000 Menschen. Wir beteiligen uns an EG-Beobachtermissionen, an Sanktionsunterstützungsmaßnahmen, an Hilfsflügen nach Sarajevo und am Abwurf humanitärer Hilfsgüter aus der Luft über Bosnien-Herzegowina. Wir leisten als Staat und durch Nicht-Regierungs-Organisationen wie auch durch couragierte Einzelpersonen vielfältige Hilfe insbesondere für vom Krieg in extremer Härte betroffene Frauen und Familien.

Unsere Ziele im ehemaligen Jugoslawien decken sich mit denen unserer Partner. Es geht uns darum, den Feindseligkeiten ein Ende zu bereiten und eine umfassende, dauerhafte Lösung des Konflikts auf Grundlage der von der Londoner Konferenz formulierten Prinzipien zu erreichen. Ein rascher Erfolg ist – neben der Beendigung des dringendsten Problems der extremen humanitären Notlage der Menschen vor Ort – auch deshalb wichtig, weil eine Ausweitung des Konflikts vermieden werden muß; denn das könnte den gesamten Balkan in Brand setzen. Wir ergreifen in diesem Krieg nicht Partei. Wir haben die Pflicht, Aggressionen, gewaltsame Gebietseroberungen, schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen zu verurteilen. Die Schuldigen müssen bestraft werden. Ein Tribunal zur Verfolgung von Kriegsverbrechen im früheren Jugoslawien, das maßgeblich auf deutsche Initiative zurückgeht, wird derzeit am Sitz der Vereinten Nationen in New York zusammengestellt.

Unsere Bemühungen richten sich nicht gegen ein bestimmtes Volk. Wir treten aber nicht-demokratischen Regimen entschieden entgegen. Für die Zukunft streben wir an, unsere traditionell guten Beziehungen mit allen Völkern der Region, auch mit dem serbischen Volk, wieder aufzubauen. Die Wiederherstellung dieser Bindungen setzt jedoch voraus, daß sich die Belgrader Führung wirklich für den Frieden und eine wirksame Umsetzung der ausgehandelten Regelung in Bosnien-Herzegowina einsetzt.

Die Zahl der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien ist groß. Über den offenen Krieg in Bosnien-Herzegowina darf der seit fast 20 Monaten weiterschwelende, inzwischen wieder ausgebrochene Konflikt in der Krajina (Kroatien) nicht vergessen werden. Eine Wechselwirkung zwischen beiden Konflikten erschwert eine politische Lösung. Besonders beunruhigend ist die zunehmende Radikalisierung im Kosovo zwischen Serben und Kosovo-Albanern. Die Unterdrückung von serbischer Seite nimmt zu, und die Zahl der Opfer steigt. Die Äußerungen der albanischen Verantwortlichen verhärten sich. Wichtiges Ziel für diese Region ist die Wiederherstellung einer weitgehenden Autonomie in der Provinz Kosovo, denn die Serben können den Kosovo-Albanern nicht das verweigern, was sie selbst für ihre Minderheit in Kroatien und ihre Gemeinschaft in Bosnien fordern. Weniger kritisch, aber dennoch nicht gänzlich ungefährlich ist die Lage der Minderheiten in der Vojvodina und die Situation der Moslems im Sandzak, der Region zwischen Serbien und Montenegro. Da schließlich auch Makedonien bei einem schleichenden Sich-Ausbreiten des Konflikts aufgrund seiner eigenen Minderheiten derartig destabilisiert werden könnte, ist auch unter diesem Aspekt eine Beendigung der Kämpfe dringend notwendig.

Die Frage nach der Herausforderung für Europa läßt sich schließlich in einem Satz komprimieren: Die Hinnahme der gefährlichen Möglichkeit, daß ein Krieg zum Vehikel zur Aufsplitterung der Europäischen Gemeinschaft nach Partikularinteressen werden könnte, hätte derartig katastrophale Konsequenzen, so daß den europäischen Partnern nur eine gemeinsame Antwort zur Sicherung auch der eigenen gemeinsamen Zukunft bleibt.

Hans-Gert Pöttering

Plädoyer für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Erfahrungen aus der Tragödie im ehemaligen Jugoslawien

Der gesamte mittel- und osteuropäische Raum gleicht einer Ansammlung von Pulverfässern. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, die ständig wachsende Zahl vorwiegend ethnisch bedingter Grenzkonflikte in der ehemaligen Sowjetunion, ungelöste Minderheitenprobleme in verschiedenen südosteuropäischen Staaten, die kaum einzudämmende Verbreitung von Materialien und Know-how zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen aus der ehemaligen Sowjetunion, unsichere Kernreaktoren sowie Umweltzeitbomben, die mit uneingeschränkter Vehemenz im gesamten mittel- und osteuropäischen Raum ticken, gehören zu den Herausforderungen für die Europäische Gemeinschaft. Diese Liste ließe sich unschwer erweitern.

Jugoslawien – Lehren für die Zukunft

Besonders die Bilder des schrecklichen Krieges im ehemaligen Jugoslawien werden uns täglich neu in den Medien vor Augen geführt. Unzählige Etappen bei den Friedensverhandlungen in Genf lassen kaum noch die Hoffnung auf eine Lösung am Verhandlungstisch wachhalten. Auch die Versuche der UNO und des gesamten Westens, den Krieg zu beenden, waren bisher fast ausschließlich von Erfolglosigkeit gezeichnet.

Das Verhalten der Weltgemeinschaft gegenüber dem Irak steht in völligem Gegensatz zu dem in der Krise auf dem Balkan. Als Saddam Hussein damals Kuwait überfiel, dauerte es nicht lange, und die Vereinten Nationen gaben unter Führung der Amerikaner dem Irak eine deutliche militärische Antwort. Als Pläne bekannt wurden, daß Saddam Hussein den ehemaligen amerikanischen Präsidenten George Bush ermorden lassen wollte, schlug US-Präsident Clinton mit einem Angriff auf die irakische Geheimdienstzentrale in Bagdad zurück. Mehrere Zivilisten kamen ums Leben.

Hätte nicht der Westen zu Beginn des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien ebenso entschlossen handeln müssen? Wenn UNO und EG den Aggressoren aus Belgrad sofort in den Weg getreten wären, hätte wahrscheinlich eine derartige Eskalation – wie sie heute vorliegt – verhindert werden können. Ein entscheidender Fehler wurde begangen, als der Westen die Staaten Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina anerkannte, es aber gleichzeitig versäumte, militärische Garantien für die neuen Grenzen zu geben. Es erscheint sehr fraglich, ob die Serben vom Westen militärisch garantierte Grenzen in der Weise verletzen würden, wie sie es täglich tun. Es hat sich erneut gezeigt, daß eine Diplomatie ohne militärische Durchsetzungsmöglichkeiten im Hintergrund oft nur instabile Ergebnisse erzeugt.

Der Westen muß bei der Betrachtung der Ereignisse berücksichtigen, daß man ihm vorwerfen könnte, mit zweierlei Maß zu messen. Während man im Irak entschlossen handelte, blieb dieses Verhalten in Bosnien-Herzegowina aus. So könnte auch die Gefahr einer zunehmenden Entfremdung der arabischen und islamischen Länder von Europa und den USA entstehen. Die Europäische Gemeinschaft hat ein fundamentales Interesse

daran, daß die gemäßigten arabischen Staaten nicht an die Seite Saddam Husseins getrieben werden. An die Stelle des Ost-West-Gegensatzes darf nicht eine westlich – arabisch/islamische Konfrontation treten.

Der Westen braucht klare Grundsätze und Prinzipien, an denen er sein Handeln – wenn möglich unter Einschluß der UNO – orientieren muß. Es ist ein Alarmzeichen, wenn ein pro-westliches Land wie Ägypten auf dieses »Zweierleimaß« aufmerksam macht.

Mittlerweile ist die Lage im ehemaligen Jugoslawien derart eskaliert, daß es kaum noch Handlungsspielräume für den Westen gibt. Bei den herrschenden engen räumlichen Verflechtungen der verschiedenen Volksgruppen innerhalb eines kleinen Gebietes ist nun der Erfolg eines großflächigen militärischen Eingreifens sehr fraglich. Die UNO und der Westen können nunmehr lediglich versuchen, Schadensbegrenzung zu betreiben. Dazu gehört sicherlich, die Stadt Sarajevo vor der totalen Zerstörung zu bewahren.

Das Versagen im Konflikt in Bosnien-Herzegowina zeigt die Ohnmacht, vor der die Vereinten Nationen und die Europäische Gemeinschaft stehen. Die Reaktion in der Europäischen Gemeinschaft darf aber nicht dahin tendieren, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EG von Beginn an für gescheitert und nicht durchführbar zu erklären. Vielmehr zeigt das Beispiel Jugoslawien, wie nötig eine funktionierende gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft gewesen wäre. Dafür waren bisher – vor Ratifizierung des Vertrages von Maastricht – weder die Rechtsgrundlage noch das Instrumentarium vorhanden. Gleichwohl wäre bei entsprechendem politischen Willen ein entschlossenes Handeln möglich gewesen.

Trotz dieser ernüchternden Bestandsaufnahme wäre es verfehlt, in Pessimismus zu verfallen. Die neue politische Lage in Europa bietet vielmehr eine unvergleichliche Chance, das Zusammenleben zwischen den Staaten und den Völkern Europas in Freiheit dauerhaft zu gestalten und die Lebenssituation der Bürger in Ost und West zu verbessern. Um diese Chance wahrzunehmen, muß Gesamteuropa zusammenwachsen, so wie Westeuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zusammengewachsen ist.

Das Sicherheitsbedürfnis Mittel- und Osteuropas

Auch die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa und verschiedene der ehemaligen Sowjetrepubliken befinden sich in einem sicherheitspolitischen Vakuum. Es kommt nicht von ungefähr, daß sie unüberhörbar an die Tür der Nordatlantischen Allianz klopfen. Zwar ist mit dem Nordatlantischen Kooperationsrat ein Gremium geschaffen worden, welches es erlaubt, die neue sicherheitspolitische Situation in Europa gemeinsam zu erörtern, jedoch gibt diese Institution den Ländern in Mittel- und Osteuropa keine Sicherheitsgarantien.

Unsere Nachbarn im Osten – vor allem die Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn – dürfen nicht von den euroatlantischen Sicherheitsstrukturen ausgeschlossen werden, denn Mittel- und Osteuropa dürfen sicherheitspolitisch kein konzeptionelles Niemandsland sein. Deshalb ist eine politische Konzeption zu entwickeln, die zwei Forderungen erfüllt:

1. muß sie die vitalen Sicherheitsinteressen unserer Nachbarn im Osten berücksichtigen, die immer der europäischen Völkergemeinschaft angehört haben;
2. muß diese Konzeption auch den Auswirkungen einer erweiterten Mitgliedschaft auf die strategische Stabilität im gesamten euroatlantischen Raum Rechnung tragen.

Die mögliche NATO-Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten – insbesondere Polens, Ungarns, der Tschechischen Republik und der Slowakei – und zu gegebenem Zeitpunkt auch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union muß jedoch ausbalanciert werden mit einer vertieften Einbeziehung Rußlands und ebenso der Ukraine, und zwar in Form einer neuartigen Partnerschaft sowohl mit der NATO als auch mit der Europäischen Union. Auch können NATO und Europäische Union nicht alle Aufgaben bewältigen. Deswegen muß darüber nachgedacht werden, wie die KSZE als übergreifende gesamteuropäische Sicherheitsorganisation weiterentwickelt werden kann. Könnte nicht eine Stärkung der KSZE zur größeren Sicherheit insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion beitragen, auch wenn diese Perspektive im Augenblick wenig Erfolgchancen verheißt?

Es muß sorgsam darauf geachtet werden, daß die mit Sicherheitsfragen befaßten Institutionen, wie NATO, Europäische Union (deren integraler Bestandteil die Westeuropäische Union ist) und die KSZE, so miteinander verbunden werden, daß sie nicht gegeneinander oder unkoordiniert handeln, sondern ihre Handlungsmöglichkeiten bündeln und, wo angebracht, komplementär oder in Aufgabenteilung wirken. Das Nordatlantische Bündnis hat in den vergangenen Jahrzehnten ohne Zweifel entscheidend zur Friedenssicherung beigetragen. Schon allein deshalb darf nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß mit der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Ende des Ost-West-Gegensatzes auch die NATO keine Existenzberechtigung mehr habe. Es ist jedoch der Tatsache Rechnung zu tragen, daß mit der neuen politischen Situation in Gesamteuropa die NATO eine neue, vielleicht sogar breitere Rolle als sicherheitspolitischer Akteur in Europa wahrzunehmen hat.

Für die Zukunft ist die Struktur der zwei Pfeiler – Amerika und Europa – weiter auszubauen. Dabei müssen die Aufgaben und evtl. die Struktur des Bündnisses neu definiert werden. Es stellt sich die Frage nach der Koordinierung friedenssichernder Vorkehrungen und Maßnahmen auf der Ebene der Europäischen Union, der NATO, der KSZE und der UNO.

Neue Aufgaben

Die neue euroatlantische Sicherheitspartnerschaft, und zwar bezogen auf Gesamteuropa, sollte im wesentlichen zum Inhalt haben:

1. den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen; international kontrollierte und sichere Lagerung aller Kategorien taktischer Nuklearwaffen mit dem Ziel ihrer drastischen Verringerung;
2. eine gemeinsame Kontrollinstanz unter Einschluß aller Nuklearstaaten der KSZE, welche die Aufgabe hat, die Reduzierung taktischer Nuklearwaffen zu überwachen und radikale Kürzungen der verbleibenden strategischen Waffensysteme vorzusehen;
3. die Einrichtung eines Fonds für zivile und militärische Nuklearsicherheit, in welchem Nuklearingenieure aus der ehemaligen Sowjetunion in Zusammenarbeit mit westlichen Experten folgende Aufgaben wahrnehmen bzw. kontrollieren:
 - Die Zerstörung von Nuklearwaffen und ihrer Trägersysteme;
 - die Überwachung und Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen in Nuklearreaktoren in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas;

- die Überwachung aller Nukleareinrichtungen in Zusammenarbeit mit der internationalen Atomenergiebehörde, um die Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrages für Kernwaffen sicherzustellen;

4. gegenseitiger Angriffsverzicht und zwingende Schlichtungsmechanismen.

Eine solche euroatlantische Sicherheitspartnerschaft wäre auch dazu geeignet, Rußland, die Ukraine und andere Republiken der ehemaligen Sowjetunion stärker in ein gemeinsames Sicherheitssystem einzubinden. Inwieweit man sich dabei der NATO oder auch der KSZE bedient, ist eine zweitrangige Frage. Entscheidend kommt es darauf an, daß die Sachprobleme gelöst werden können.

Europäische Union und WEU

Der neue europäische Sicherheitsrahmen ist aber nur ein Gesichtspunkt der neuen transatlantischen Beziehungen. Fast noch wichtiger dürften zunehmend die ökonomischen und politischen Beziehungen über den Atlantik hinweg werden. Für die aus der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) hervorgehende Europäische Union sollte die Möglichkeit einer Neudefinition ihres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten nicht ausgelassen werden. Schließlich ist es auch im Interesse der USA, wenn sich die Europäische Gemeinschaft als Europäische Union in sicherheits- und verteidigungspolitischer Hinsicht emanzipiert und einen ihrem wirtschaftlichen Gewicht entsprechenden Anteil unserer gemeinsamen weltweiten Verantwortungen übernimmt.

Die Europäische Union sollte auch in der Lage sein, außerhalb des NATO-Bündnisses friedenserhaltend oder friedensstiftend wirksam zu werden. Auch das geeinte Deutschland muß dabei, wie die anderen Partner in Europa, mit gleichen Rechten und Pflichten seinen Beitrag leisten.

Eine vorrangige Aufgabe einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ist eine »vorsorgende Sicherheitspolitik«. Rüstungskontrolle und Abrüstung, die in Europa weiter an Bedeutung zunehmen sollten, dürfen nicht dazu führen, daß der Rüstungsexport in Länder der Dritten Welt uneingeschränkt fortgesetzt wird. Eine Kontrolle und Einschränkung des Rüstungsexports ist daher eine vorrangige Aufgabe einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Europa darf sich keine neuen Rüstungsmärkte in der Welt suchen, da dies weder politisch noch moralisch verantwortbar ist. In der Regel steht es im Widerspruch zur Entwicklung im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Zusammen mit allen Rüstungsproduzierenden Staaten muß die Europäische Gemeinschaft dazu beitragen, den Rüstungsexport drastisch zu reduzieren. Die Durchsetzung dieser Politik duldet keinen Aufschub.

Kritik ist an den Waffen- und Technologieexporten Rußlands sowie der anderen GUS-Staaten nach China, dem Iran und in andere Staaten zu üben. Diese Exporte, die eine Gefährdung für die Welt darstellen, machen deutlich, wie notwendig eine Zusammenarbeit Rußlands und der anderen Republiken mit der Europäischen Gemeinschaft ist, um die Konversion der Rüstungsindustrie in eine zivile Produktion voranzutreiben. Denn ohne einen wirtschaftlichen Aufschwung in der ehemaligen Sowjetunion wächst dort die politische Instabilität. Aber die Europäer müssen Forderungen auch an sich stellen. Der Rüstungsexport in Länder des Nahen Ostens hat dramatisch zugenommen. Die EG sollte auf internationaler Ebene eine Initiative ergreifen, um den Rüstungsexport gerade in den Nahen Osten zu beschränken.

Mit dem Vertrag von Maastricht wird die Westeuropäische Union integraler Bestandteil des Entwicklungsprozesses der Europäischen Union sein und – nach der Erklärung der Mitgliedstaaten der WEU – einen großen Beitrag zur Solidarität innerhalb der Atlantischen Allianz leisten. Damit wird die WEU zur Verteidigungskomponente der Europäischen Union. Diese enge Verbindung ist von großer Bedeutung. Die WEU soll nicht mehr nur für Verteidigungspolitik und die EG nicht nur für bestimmte politische und wirtschaftliche Fragen zuständig sein.

Wir müssen uns mit Nachdruck dafür aussprechen, daß die WEU spätestens 1998, wenn der WEU-Vertrag nach 50 Jahren kündbar ist, vollständig in der Europäischen Union aufgeht. Die Verwirklichung dieses Zieles muß bei der für 1996 vorgesehenen EG-Regierungskonferenz erreicht werden. Die von den WEU-Ministern auf dem Petersberg im Juni 1992 und in Maastricht beschlossene Reform der WEU ist unverzüglich und konsequent durchzusetzen. Hierzu gehört die Einrichtung eines WEU-Planungsstabes, der in Ergänzung zu den Bemühungen der Nordatlantischen Allianz und in enger Abstimmung mit dieser die militärische Zusammenarbeit auf den Gebieten der Logistik, des Transports, der Ausbildung sowie der strategischen Aufklärung vorantreiben soll.

Die Treffen der Generalstabschefs der WEU-Mitgliedstaaten müssen regelmäßig und bei Bedarf ad hoc durchgeführt werden, die Rüstungskooperation ist durch die Schaffung einer europäischen Rüstungsagentur zu verstärken.

Es ist zu begrüßen, daß Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, die noch nicht der WEU angehören, dieser als Mitglied beitreten (so Griechenland) oder aber Beobachter geworden sind (Irland, Dänemark). Europäische Mitgliedstaaten der NATO, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören, können als »assoziierte Mitglieder« an den Tätigkeiten der WEU teilnehmen (Türkei, Norwegen, Island). Von besonderer Wichtigkeit ist die Entscheidung, der WEU militärische Kontingente zuzuordnen. Die der WEU zugeschriebene operationelle Rolle, die in enger Kooperation mit dem Atlantischen Bündnis wahrgenommen werden sollte, muß verhindern, daß Aufgaben und Einrichtungen der NATO lediglich dupliziert werden.

Die Verwirklichung der Beschlüsse vom Petersberg im Hinblick auf humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben und Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens, sollte möglichst umgehend vorgenommen werden. Bei dieser Aktion ist eine enge Abstimmung mit der NATO unabdingbar. Eine Beschränkung auf die UNO ist nicht verantwortbar, da deren zukünftige Entwicklung nicht vorausgesagt werden kann.

Mit der Ratifizierung und Verwirklichung des Vertrages von Maastricht ist der europäische Einigungsprozeß nicht abgeschlossen und die Europäische Union noch nicht vollendet. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik darf sich längerfristig nicht auf intergouvernementale Zusammenarbeit beschränken, sondern muß zu einer wirklichen Gemeinschaftspolitik werden, über die mit Mehrheit zu entscheiden ist. Dabei sind dem Europäischen Parlament entscheidende Mitwirkungs- und Kontrollrechte einzuräumen. Die Europäische Gemeinschaft/Europäische Union wird in Zukunft nur handlungsfähig sein, wenn das geeinte Deutschland seiner Verantwortung voll gerecht wird. Die Forderung nach einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist damit nicht zuletzt eine Forderung an Deutschland selbst, dem wirtschaftlich stärksten und bevölkerungsreichsten Land der Europäischen Gemeinschaft.

Zehn Thesen

1.
Menschenrechte sind unteilbar. Sie gelten unabhängig von politischer Überzeugung, religiösem Bekenntnis, ethnischer Zugehörigkeit oder Hautfarbe. Christen, Juden, Moslems, Buddhisten, Hindus oder Menschen ohne Bekenntnis haben den gleichen Anspruch auf Schutz ihres Lebens und der menschlichen Würde. Dieses ist das Prinzip der universellen Geltung der Menschenrechte.
2.
Die Verwirklichung der Menschenrechte ist eine ständige Herausforderung. Hierbei darf sich niemand verweigern. Wer sich verweigert, die Menschenrechte zu verteidigen, verstößt gegen die mitmenschliche Solidarität, handelt unsolidarisch und damit im Kern unmenschlich.
3.
Diplomatische, wirtschaftliche, im weitesten Sinne also politische und – als »ultima ratio« – auch militärische Mittel müssen dazu beitragen, den Schutz der Menschenrechte in Europa und überall in der Welt durchzusetzen.
4.
Der Einsatz des Mittels – politische, wirtschaftliche (Sanktionen) oder militärische Maßnahmen – muß in jedem Einzelfall sorgfältig abgewogen werden.
5.
Diplomatie, die von vornherein den Einsatz militärischer Mittel zum Schutz der Menschenrechte ausschließt, ermutigt den potentiellen Aggressor, den Verletzer von Menschenrechten, und ist damit oft zum Scheitern verurteilt.
6.
Dieses ist die Tragödie Ex-Jugoslawiens. Die Anerkennung der einzelnen Republiken war richtig; der Unabhängigkeit dieser Republiken aber den Schutz zu verweigern, ist das historische Versagen der Europäer und der internationalen Gemeinschaft.
7.
Das größte Unrecht im ehemaligen Jugoslawien geschieht gegenwärtig gegenüber den Moslems in Bosnien-Herzegowina. Hierzu dürfen Europa und die internationale Gemeinschaft nicht schweigen, auch wenn diese Verletzungen von Christen oder denen, die sich dafür halten, begangen werden.
8.
Die – wie die Dinge sich entwickelt haben – Aufteilung Bosnien-Herzegowinas in einen kroatischen, serbischen und moslemischen Teil – ist wahrscheinlich unvermeidbar, darf aber kein Modell für andere Regionen und Staaten werden. Vielmehr muß die Geltung von Minderheiten- und Volksgruppenrechten weltweit durchgesetzt werden. Den Moslems muß ein garantierter Zugang zum Meer ermöglicht werden. Wenn es nicht zu einer einigermaßen befriedigenden Lösung für die Moslems in Bosnien-Herzegowina kommt, wird dieses die Beziehung Europas zur arabischen und islamischen Welt schwer belasten.

9.

Das Scheitern der Europäer in Ex-Jugoslawien ist kein Argument gegen eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, sondern muß vielmehr ein Plädoyer dafür sein. Noch haben die Europäer kein Instrumentarium für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Vor zehn Jahren hätte niemand von der Europäischen Gemeinschaft ein außen- und sicherheitspolitisches Handeln erwartet. Heute geht der Vorwurf in die andere Richtung, Europa hätte handeln müssen. Der Vertrag von Maastricht ermöglicht dieses Handeln für die Zukunft. Das Instrumentarium hierfür ist rasch und umfassend auch im Sinne »vorsorgender Sicherheitspolitik«, also politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen zu schaffen. Militärische Mittel sind immer nur »ultima ratio«.

10.

Bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union darf sich kein Land verweigern, auch Deutschland nicht. Eine deutsche Abstinenz, die Berufung auf die deutsche NS-Geschichte wird von unseren Partnern als unsolidarisch und in einem neuen Sinne nationalistisch empfunden. Auf jeden Fall ist eine Haltung, die für Deutschland grundsätzlich eine Sonderrolle beansprucht, mit der Einigung Europas und den Prinzipien für den Schutz der Menschenrechte unvereinbar. Nicht eine Gesinnungsethik, sondern allein eine Verantwortungsethik kann dazu beitragen, Menschen, deren Rechte verletzt werden, beizustehen und damit wirksam zu helfen.